

Karin Dörre, Jürgen Lorenz

Keine Erklärungen in Goldpapier, aber ein geradliniger Weg. Welche Konsequenzen wurden in Templin aus dem Mord an Bernd Köhler gezogen?

Im Juli 2008 töteten zwei junge Männer in Templin einen 55-jährigen, mit dem sie zuvor gemeinsam gezecht hatten. Die beiden Täter gehörten zur rechtsextremen Szene der Stadt und waren wegen Gewaltdelikten und rechtsextremer Parolen bereits früher mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Der 19-jährige Täter wurde vom Landgericht Neuruppin im Mai 2009 wegen Mordes zur Höchststrafe von zehn Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der zweite, 22-jährige Täter wurde wegen Beihilfe zum Mord durch Unterlassen zu neun Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Revision ist durch die Verteidigung beantragt, eine Entscheidung dazu steht noch aus.

Mit Karin Dörre und Jürgen Lorenz vom Mobilien Beratungsteam Angermünde (MBT) sprach Michael Kohlstruck. Im Mittelpunkt des Gesprächs steht weniger der Mordfall selbst. Thema sind die Veränderungen, die in Templin in der Auseinandersetzung mit der Tat in Gang gekommen sind.

I: Die Entwicklung in Templin setzt ein mit dem Mordfall im Juli 2008. Können Sie zu Beginn unseres Gesprächs die Tatumstände zusammenfassen?

MBT: Das Opfer, ein 55-jähriger alkoholkranker Mann, hatte mit den zwei jungen Männern, der eine 19 Jahre, der andere 22 Jahre, schon den Tag über zusammen getrunken. Sie zogen gemeinsam durch die Stadt, am Anfang wohl noch ohne größere Spannungen; nach einem Sturz von Bernd K. trieb der 22-jährige Täter das Opfer vor sich her und beschimpfte ihn als „Penner“ und „Vieh“. Von den beiden Jüngeren war ein „Heil Hitler“-Gruß zu hören, den hätten eigentlich viele Leute hören können, wenn sie ihn hätten hören wollen. Vor Gericht konnte nicht geklärt werden, wer genau gerufen hatte. In den Zeugenaussagen vor Gericht wurde deutlich, dass der Weg der drei durch die Stadt zumindest nicht unbemerkt geblieben war. In der Tischlerwerkstatt des Opfers, wo man weitertrinken wollte, begann die Eskalation. Mit brutalster Gewalt wurde auf Bernd K. eingetreten – die massiven Kopfverletzungen führten zu diversen Schädelbrüchen. Oberstaatsanwältin Lodenkämper aus Neuruppin sagte, es habe sich um einen „Exzess“ gehandelt. Einer der beiden

Täter habe versucht, den Getöteten anzuzünden. Der Staatsanwalt hatte später die Anklage wegen „Mord aus niedrigen Beweggründen“ erhoben.

Aus unserer Sicht ist es bemerkenswert, dass dieser Prozess des Quälens auch hier sehr lange dauerte. Die Angaben sprechen von 23.30 bis 4.30 Uhr nachts, also ganzen fünf Stunden. Wenn wir zu dem Mord an Marinus Schöberl aus dem Jahr 2002 irgendwelche Parallelen ziehen, dann sind da sicher die lange Dauer des Tathergangs, der Weg durch die Stadt und das Verhalten von Teilen der Bevölkerung zu nennen.

I: Man hat den Eindruck, die Täter hätten ihre Überlegenheit gegenüber dem Opfer regelrecht ausgekostet. Sie haben ihn nicht im Affekt vor den Kopf geschlagen, sondern sie wollten ihn spüren lassen, dass er der Unterlegene ist.

MBT: Vor Gericht wurde festgehalten, dass der Tötungsverlauf mit einer enormen und hemmungslosen Härte verlief. Die Rede war von Schnittwunden und von Trittwunden gegen den Kehlkopf, gegen den Kopf, und das sehr gezielt. Die Aggressivität der Täter muss sehr hoch gewesen sein. Sie müssen geradezu berauscht gewesen sein vom Gefühl der eigenen Macht über einen Menschen, bar jeden Mitgefühls, voller Lust an brutaler Gewalt. Ihre starke Alkoholisierung hat sie zusätzlich enthemmt. Gleichzeitig wissen wir, beide Täter kommen aus dem rechtsextremen Spektrum. Sie können sich auch ermächtigt gefühlt haben, auf ihr Opfer herabzuschauen und ihm diese Qualen anzutun. Dazu würde auch gehören, dass sie sich mit ihrer Weltsicht moralisch im Recht gefühlt hatten, das zu tun, was sie dann getan haben.

I: Die Tat ereignete sich in der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 2008. Was würden Sie an dem Mordgeschehen selbst noch hervorheben?

MBT: Wie seinerzeit in Potzlow hatten Täter und Opfer zunächst wie Kumpel zu dritt zusammen gesessen und getrunken. Viel getrunken. Das waren Zechkumpel. Und auf einmal ist es möglich, dass dieser Eskalationsprozess beginnt, der nicht nur mit einer normalen Prügelei endet, sondern in diese unglaubliche Brutalität, in Mord ausartet. Das ist bemerkenswert. Anfangs sitzt man halbwegs friedlich zusammen, auch über einen längeren Zeitraum, und dann diese Explosion der Gewalt. Das Zweite, was wir hervorheben möchten, ist das Milieu: Man hatte sich anfangs in der Nähe des Obdachlosenheims getroffen und dort getrunken. Das spätere Opfer war nicht obdachlos, es hatte eine Wohnung am Rande der Stadt. Aber man hatte sich eben im Umfeld des Obdachlosenheims getroffen, das ist bezeichnend für das Milieu, mit dem wir es hier zu tun haben. Drittens: Man ist gemeinsam durch die Stadt gezogen, rechtsextreme Sprüche wurden gerufen. Das können beziehungsweise

müssen auch andere Templiner gehört haben, es gab aber keine Reaktionen darauf.

I: Ist denn das Opfer gegen seinen Willen mitgenommen worden?

MBT: Nein. Die drei sind gemeinsam als Trinker durch die Stadt gezogen und haben gelärmt. Ihr Ziel war die alte Tischlerei, die dem Opfer gehörte. Dort wollten sie weiter trinken. Man nahm einfach einen Ortswechsel vor, so, wie andere vielleicht das Lokal wechseln.

I: Im Unterschied zu dem Mordfall Marinus Schöberl ist das Opfer sehr schnell, nämlich am nächsten Tag gefunden worden. Man hat auch bereits unmittelbar nach der Entdeckung von einer rechtsextremen Tat gesprochen.

MBT: Die Staatsanwaltschaft hat sofort ihre Vermutung präsentiert, dass es sich um ein Tötungsdelikt mit rechtsextremem Hintergrund handelt. Der erste Presseartikel stammt vom 24. Juli. In der Märkischen Oderzeitung lautete die Titelzeile „Templiner Neonazis töten 55-Jährigen“. Das Motiv war zwar noch unklar, aber die Staatsanwaltschaft hatte schon darauf hingewiesen, dass die Beschuldigten aus dem rechtsextremen Spektrum kommen. Sie waren einschlägig vorbestraft.

I: Damit haben wir nun die Tat selbst etwas erläutert. Wie hat nun die Stadt, wie hat der Bürgermeister, wie haben andere Akteure darauf reagiert?

MBT: Unmittelbar nach dem Tötungsdelikt war innerhalb der Bevölkerung eine Grundstimmung verbreitet, die die Tat einfach dem Trinkermilieu zurechnete. Etwa nach dem Motto „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“. Man solle da nicht so viel Aufhebens drum machen. Drei Wochen später aber kam es zu einem weiteren schweren Gewaltdelikt, das nach unserer Meinung die Bevölkerung wirklich beunruhigt, wachgerüttelt hat. Ein 16-jähriger Jugendlicher wurde von einem 19-Jährigen aus der rechtsextremen Szene angegriffen und schwer verletzt. Ihm wurde der Unterkiefer gebrochen. Das hat das Nachdenken erheblich vorangetrieben. Jetzt konnte man das Thema Rechtsextremismus nicht mehr in irgendein Trinkermilieu abschieben.

Die Frage ist: Müssen hinter einer brutalen Straftat oder einem barbarischen Mord erst rechtsextreme Täter stehen, ehe die Bürgergesellschaft aufmerksam wird und sich das Klima in ihrer Kommune genauer anschaut? Genauso stellt sich die Frage für die Medien: Hätte es eine ähnliche Öffentlichkeit gegeben ohne den rechtsextremen Hintergrund der Straftäter?

I: Bleiben wir noch etwas bei dieser allerersten Zeit nach dem Mord.

MBT: Wir hatten den Eindruck einer enormen Hilflosigkeit. Wir sind nicht auf Abwehr gestoßen. Wir haben eher eine Überforderung erlebt. Der

Bürgermeister und andere politisch Verantwortliche waren zunächst schlichtweg sprachlos. Die externen Diagnosen und ihre Kenntnis über die eigene Stadt standen in einer starken Diskrepanz. Und über allem stand natürlich eine berechtigte Sorge um das Image der Stadt. Die Schlagzeilen in den Medien waren nicht dazu angetan, Touristen anzulocken. Die Befürchtung war, dass durch die Medien eine Stigmatisierung der Stadt als Hort des Rechtsextremismus stattfindet.

I: In den Medien wurde Templin als Hochburg rechtsextremer Aktivitäten dargestellt?

MBT: Zu der Überforderung hat beigetragen, dass die Behauptung, Templin habe eine starke rechtsextreme Szene, ja nicht auf die Recherchen der Medien zurückging. Es waren Aussagen von Staatsanwaltschaft und Polizei, auf die sich die Medien in ihrer Diagnose stützen konnten. Die politisch Verantwortlichen konnten das nicht als Versuch der Medien abtun, das Sommerloch zu stopfen.



Altes Rathaus auf dem Templiner Marktplatz

I: Verstehe ich das richtig, dass die anfängliche Überforderung auf die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der eigenen Stadt durch die Kommunalpolitik auf der einen Seite und der Beschreibung durch Polizei und Staatsanwaltschaft auf der anderen Seite zurückging?

MBT: Das war zunächst ein ganz schwieriger Prozess, ein Findungs- und Klärungsprozess, wie man sich gegenüber vermeintlichen Angriffen und Informationen „von außen“ verhalten soll. Zweitens war auch die Frage

zu klären, wie weit man sich für Beratungsangebote öffnet, die letztlich ja auch von außen gekommen sind. Es war für die Betroffenen wirklich nicht leicht, sich in dieser Spagatsituation zu sortieren. Auch der Bürgermeister brauchte diese Zeit für sich, ehe er unser Beratungsangebot wahrnehmen konnte. Er kannte uns ja nicht, konnte er uns vertrauen?

Etliche seiner Kommentierungen aus dieser ersten Phase sind nach seiner Meinung in der Tat auch recht unglücklich ausgefallen. Wir finden, dass diese Irritationsphase des Anfangs für den weiteren Verlauf förderlich war. Vergleicht man den Vorgang mit anderen Fällen aus unserer Beratungspraxis, trifft man oft auf politisch Verantwortliche, die schnell in der Lage sind, ihr eigenes Handeln und auch das Handeln der Bürgergesellschaft sehr gut darzustellen, gewissermaßen in Goldpapier zu verpacken. Sie erwecken den Eindruck, über eine klare Handlungsstrategie zu verfügen und positionieren sich mit viel Aufwand gegen rechtsextreme Straftaten. Nimmt man dann aber dieses Goldpapier wieder ab, sieht man, dass da nicht allzu viel Nachhaltiges vorhanden ist. Das war nun in Templin deutlich anders. Nach einer Phase des Zuhörens und gegenseitigen Kennen- und Verstehenlernens besann sich die Stadt auf ihre Eigenverantwortlichkeit, in der wir sie immer bestärkt haben. Die Motivation und die Beteiligung im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus stiegen. Alle Beteiligten haben sich dem Problem und seiner Bearbeitung mit allen Schwierigkeiten gestellt. Das war gut.

I: Wie würden Sie das Bild von Rechtsextremismus beschreiben, das der Bürgermeister damals hatte? Er hatte ja, so wurde es jedenfalls in der Presse berichtet, im Juli 2008 bestritten, dass es in Templin eine rechtsextreme Szene oder rechtsextreme Aktivitäten gebe.

MBT: Für uns war die Aussage des Bürgermeisters immer nachvollziehbar, dass er selber auf den Straßen und auch bei Veranstaltungen nicht mit rechtsextrem Agierenden konfrontiert gewesen war. Das war für ihn nicht Bestandteil des Straßenbildes. Und er hatte auch nach unserer Einschätzung einen ungenügenden Informationsstand, so dass er es nicht wissen konnte.

I: Könnte man sagen, dass er „Rechtsextremismus“ in seiner Art der Realitätswahrnehmung immer mit Parteien und Organisationen assoziiert hat?

MBT: Wir würden das noch ein bisschen anders beschreiben. Für ihn war Rechtsextremismus als solcher einfach kein sichtbares Thema in der Stadt. Mit Rechtsextremismus hat er NPD, DVU oder Freie Kameradschaften assoziiert; darum hatten sich Staatsanwaltschaft, Polizei und Staat zu kümmern. Und darauf muss man sich – so hat er es einmal formuliert – als Bürgermeister auch verlassen können.

I: Er hatte den „großen Rechtsextremismus“ im Blick, der an den Grundfesten der politischen Ordnung rüttelt, und für den natürlich primär der Verfassungsschutz zuständig ist?

MBT: Ja. Und letztendlich auch „seine“ Polizei, also die Kollegen von der Wache. Und man muss auch sagen, dass er wirklich viele Informationen einfach nicht hatte. Andererseits gibt es auch bei ihm die Fokussierung auf den Wirtschaftsstandort und das interessierte Ausblenden möglicher Beeinträchtigungen des Wirtschaftsstandortes.

I: Wie ist die Situation hinsichtlich des Rechtsextremismus in den Dörfern, die seit der Gemeindegebietsreform zur Stadt gehören, und wie in den schwierigen Gebieten der Stadt?¹

MBT: Da waren weiße Flecken. Andererseits ist er aber jemand, der Probleme direkt angeht, wenn er sie wahrgenommen hat. Dann stellt er sich den Herausforderungen, kann auf Menschen zugehen und weicht Diskussionen nicht aus. Daran wird deutlich: Das Thema Rechtsextremismus musste für ihn erst sichtbar werden. Er hat später selbst einmal formuliert, dass er in dieser Frage viel lernen musste und immer noch lernt.

I: Wie waren die ersten Reaktionen bei den Stadtverordneten?

MBT: Es gab vielleicht den einen oder die andere, die eine höhere Sensibilität hatten, aber letztendlich teilten sie die Sicht des Bürgermeisters. Wir hatten zwei Wochen nach der Tötung einen Anruf von einer Stadtverordneten bekommen, die total irritiert war, dass so ein Verbrechen in ihrer Stadt passiert ist. Sie hatte das im Urlaub in der Zeitung gelesen und konnte es nicht glauben. Lesen zu müssen, dass es in ihrer Stadt eine Szene des rechtsextremistischen Spektrums gibt, das ist bei vielen am Anfang auf eine große Ablehnung gestoßen.

I: Wie würden Sie denn diese Szene vor dem Juli 2008 beschreiben?

MBT: Es gab Jugendcliquen, vorrangig junge Männer, mit einer hohen Gewaltbereitschaft. Auch der Leiter der Templiner Polizeiwache hatte im Juni 2008 vor einer zunehmenden gewaltbereiten rechtsextremen Clique in der Stadt gewarnt, die mit Hilfe von Spezialkräften der Polizei genauer ins Visier genommen worden war.

Wir gingen damals von ca. 40 gewaltbereiten Rechtsextremen aus. Auch junge Frauen, größtenteils aus der Stadt, vereinzelt aus den Dörfern, ge-

¹ Ziel der Gemeindegebietsreform war die Bildung größerer Strukturen in jedem Landkreis. Das „Gesetz zur Reform der Gemeindestruktur und zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden des Landes Brandenburg“ trat im März 2001 in Kraft. Vgl. Christiane Brückner/ Jochen Franzke: Das Land Brandenburg. Kleine politische Landeskunde. 4. Aufl. Potsdam 2005.

hörten zur Szene. Viele aus der Szene verfügten über keinen Berufsabschluss und stammen aus sogenannten Patchwork-Familien.

I: Wie war denn die Jugendsozialarbeit in der Stadt aufgestellt?

MBT: Die Stadt verfügt über ein gutes Netz an Jugendsozialarbeit. Insgesamt gibt es sechs Einrichtungen, davon zwei in Trägerschaft der Stadt. Etwa seit 2006 gibt es aber keine Straßensozialarbeit mehr. Jugendsozialarbeit fand fast ausschließlich in den einzelnen Einrichtungen statt, in den Dörfern rings um die Stadt gab es einen Ansprechpartner, der inzwischen auch weg ist.

Nach dem Mord war vielfach zu hören: Wer sehen wollte, hätte sehen können. Aber die jeweiligen Wahrnehmungen und Auseinandersetzungen mit dem Thema Rechtsextremismus wurden kaum nach außen sichtbar gemacht. Ein Problembewusstsein war und ist vorhanden. Die in der Stadt tätigen Sozialarbeiter hatten sich in einem Forum zusammengeschlossen, um über gemeinsame Handlungsstrategien nachzudenken, Kräfte zu bündeln. Aber der Alltag mit den Eigeninteressen der vielfältigen Träger, der Fülle an Aufgaben und Erwartungen, der Sorge, das Image der Stadt zu beschädigen, und vermeintliche Ängste um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes beförderten das Deckeln und hinderten an der klaren Beschreibung.

I: Man hat also aus verschiedenen Gründen die eigenen Beobachtungen und das Wissen zu diesen Szenen nicht weitergegeben.

MBT: Dazu haben, wie gesagt, ganz viele Umstände beigetragen.

I: Eigene Einschätzungen und Bewertungen von Polizei und Verfassungsschutz klappten in Templin ja offenbar ziemlich auseinander.

MBT: Ja, den Schwarzen Peter konnte niemand einfach als Medienschelte weitergeben. Die Stadt musste sich mit ihren eigenen Angelegenheiten selbst beschäftigen. Dazu gehörte auch das Hinterfragen dessen, was wie gelaufen ist oder eben auch nicht. Der Schutzbereichsleiter hat sich voll hinter seine Kolleginnen und Kollegen gestellt, die gesagt haben „Wir haben das immer rechtzeitig angezeigt, wir haben versucht, Problembeschreibungen in die Stadt reinzubringen, und entweder wurde uns nicht zugehört oder es wurde eben halt irgendwo gedeckelt“. Politisch Verantwortliche wussten trotzdem nichts oder zu wenig. Der Tote war da, und die Beschreibungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft waren da. Gegner des Rechtsextremismus hatten eine Liste zusammengestellt mit den Vorfällen innerhalb der Stadt in den letzten Jahren. Auch diese Liste war da. Daraus mussten Konsequenzen gezogen werden.

I: Das zeigt nun, dass die Informationsweitergabe über die Existenz rechtsextremer Szenen an verschiedenen Stationen scheitern kann. Das Erste ist überhaupt die entsprechende Beschreibung. Aber in dem Fall scheint

es auf der unmittelbaren Wahrnehmungs- und Beschreibungsebene kompetente Beobachter gegeben zu haben; es war dann ein Problem im Kommunikationsfluss innerhalb der Stadtverwaltung, etwa von der Polizei zur kommunalpolitischen Spitze oder von den Jugendarbeitern über die Träger zum Jugendamt.

MBT: Wir hatten auf Wunsch des Bürgermeisters eine Veranstaltung organisiert, gemeinsam mit Verfassungsschutz, Polizei und Stadtverordneten. Sie stand unter der Frage: Welche Einschätzungen liegen vor vom Verfassungsschutz und von der Polizei? Wie konnte es dazu kommen, dass die Informationen nicht weitergeflossen sind? In dieser Veranstaltung entstand beim Schutzbereichsleiter ein großes Unverständnis darüber, dass die polizeilichen Informationen nicht in der Stadtverwaltung angekommen sind. Umgekehrt ging es dem Bürgermeister genauso. An dem Punkt war eine große Distanz zwischen Polizei und Politik spürbar. Wichtig aber war das Ergebnis. Man wurde sich einig, solche Lücken in Kommunikationsverläufen nicht mehr zuzulassen. Und es wurde auch sofort verändert.

I: Die Bereitschaft in der Stadt Templin, das Problemfeld Rechtsextremismus wahrzunehmen und nachhaltig zu bearbeiten, hat erheblich zugenommen. An welchen Aktivitäten lässt sich das verdeutlichen?

MBT: Der Bürgermeister setzt sich ernsthaft mit den Zuständen innerhalb seiner Stadt auseinander. Er hat anerkannt, dass es Handlungsbedarf gibt. Er will informiert sein und erwartet das auch von den Beschäftigten der Verwaltung und den Stadtverordneten. Der Bürgermeister hat in der Verwaltung das Amt eines Demokratiebeauftragten installiert. Denn es geht beim Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus vor allem darum, die Demokratie vor Ort zu stärken und unterstützen. Als wichtigste Präventionsmaßnahme sozusagen. Wo Demokratie stark ist, wird Rechtsextremismus der Boden entzogen. Natürlich bedarf es eines Prozesses der inhaltlichen Ausgestaltung und der Anerkennung, sowohl innerhalb der Belegschaft als auch innerhalb der Stadt. Die Initiierung einer Steuerungsgruppe für die Durchführung des Demokratiefestes in Templin durch den Demokratiebeauftragten war dazu ein erster Schritt. Für den 18. März 2009 hatte der Bürgermeister alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu einer Fortbildung zum Thema „Demokratie probieren“ eingeladen und dafür auch einen Teil der Arbeitszeit zur Verfügung gestellt. „Ich brauche Sie“, warb er in seiner Eröffnung um jeden einzelnen Beschäftigten. Nach einer Informationsrunde mit der Polizei und mit uns als MBT wurde ein Meinungsaustausch unter den Teilnehmern nach der Methode des „World Café“ durchgeführt, moderiert gemeinsam von uns als MBT und von Sozialarbeitern der Stadt und einer Kollegin der

Verwaltung. Diskutiert wurde darüber, was ist an diesen Vorträgen für uns wichtig gewesen oder auch eben weniger relevant? Was bedeutet das für unsere eigene Arbeit? Woran möchte ich mich selbst beteiligen – in der Rolle als Beschäftigter oder auch als Eltern- oder Großeltern teil? Dieser Austausch wurde von allen Beteiligten als Gewinn beschrieben, auch als neue Erfahrung einer Betriebsversammlung. Alles wurde dokumentiert und den Teilnehmenden zur Kenntnis gegeben. Jetzt geht es darum, gemeinsam mit dem Personalrat zu schauen, wie an diesen Ergebnissen weitergearbeitet wird. Auch für diesen Prozess ist der Demokratiebeauftragte verantwortlich.

I: In mehreren Zeitungsartikeln war die Rede von einer Sozialraumanalyse. Was hat es damit auf sich?

MBT: Bürgermeister und Stadtverordnete sind sich einig, genauer wissen zu wollen, welche Probleme und Wünsche die Menschen vor Ort haben, was förderlich oder auch hemmend für das Klima in der Stadt ist. Und daran sollen möglichst viele Menschen beteiligt werden, um Handlungsmöglichkeiten und -strategien neu- und weiterzuentwickeln. Zum Beispiel ist ein Element der Sozialraumanalyse die Frage, wie die Menschen das Klima des Miteinanders beschreiben. Welche Wünsche und Bedarfe existieren, für die die Stadt verantwortlich zuständig ist; wo sehen sie Möglichkeiten, selbst zuständig zu sein? Da wird es sicher auch um die Ausgestaltung von Sozialarbeit gehen und um die Wohngebietsarbeit. Diese Sozialraumanalyse, mit der die Universität Potsdam beauftragt ist, wird zum größten Teil, das heißt mit 20.000 Euro, über den lokalen Aktionsplan (LAP) aus dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ finanziert. Die Stadt Templin hat zusätzlich weitere 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit wird, so meinen wir, die Ernsthaftigkeit des Vorhabens unter Beweis gestellt. Übrigens vertritt der Demokratiebeauftragte die Stadt Templin jetzt auch im Begleitausschuss des LAP.

I: In diesem Jahr gab es ja zum zweiten Mal in Templin ein Demokratiefest.

MBT: Die Veranstaltung im Jahr 2008 ist weitgehend von der Jugendinitiative organisiert worden, die mit Jugendsozialarbeitern und mit anderen Bereichen, wie Kirche und Sportvereinen, kooperiert hat. Neben dem „Toleranten Brandenburg“ hatte auch die Stadt Templin das Vorhaben unterstützt und mitfinanziert. Im Jahr 2009 wurde eine Steuerungsgruppe eingerichtet, in der auch Verantwortliche der Parteien mitgearbeitet haben. Ein Großteil der Finanzen kam über den LAP. Aus der Jugendinitiative hat sich damit etwas entwickelt, was Wellen schlägt und auch einen größeren Teil der Bevölkerung mit einbezieht. In Templin selbst, aber auch in der Uckermark. Auch Menschen und Initiativen aus ande-

ren Städten der Uckermark haben das Demokratiefest unterstützt. Dabei hat sich niemand persönlich in den Vordergrund gespielt, sondern es ging um die Beteiligung vieler. Toll ist, dass dieses Fest auch in Zukunft jährlich stattfinden soll.

I: Wie muss man sich diese Demokratiefeste vorstellen? Was passiert da eigentlich? Wer wirkt mit, wie viele kommen?

MBT: Für alle Bevölkerungsgruppen wird etwas angeboten – für Familien mit kleineren Kindern, für Ältere, für größere Kinder und Jugendliche, für die Sprayer oder Fußballer, für Diskussionsfreudige, für Fans unterschiedlicher Musik usw. Die „Opferperspektive“, die von Anfang an die Familie des Opfers begleitet hat, stellte zum Beispiel auf dem ersten Fest ihre Arbeit vor.

Natürlich geht es auch darum, kreativ sichtbar zu machen, wofür man steht. 2008 wurde unter der Überschrift „Templin zeigt Gesicht“ ein Plakat gestaltet mit den Fotografien der Festteilnehmer. Es wurde ein Transparent erstellt, wo alle mit ihrer Unterschrift bekräftigen konnten: „Demokratie stärken, Rechtsextremismus abwehren, Templin ist dabei“. Dieses Transparent hing danach an der Stadtverwaltung. In diesem Jahr wurde es mit rechtsextremistischen Sprüchen beschmiert. Daraufhin hat man beim Fest 2009 ein neues Transparent produziert.

In beiden Jahren wurden themenbezogene Gesprächsrunden eingebaut, bei denen Sozialwissenschaftler und Historiker ihre Thesen zu Rechtsextremismus, zu Demokratie und zu den Schwierigkeiten im kommunalen Leben vorgestellt und diskutiert haben.

I: Bürgermeister und Stadtverwaltung haben eine deutliche Kursveränderung vorgenommen. Kann man das auch von anderen Akteuren in Templin sagen?

MBT: Hervorheben möchten wir die Bereitschaft der beiden Kirchen, sich innerhalb ihrer Gemeinden intensiv mit dem Thema zu beschäftigen, aber auch ihre Gemeindezentren zu öffnen und mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die eben nicht zu den Gemeinden gehören. Das war etwas ganz, ganz Wichtiges. Anlässlich des Jahrestages des Mordes wurde ein Gottesdienst veranstaltet. Das war etwas, das auch andere ermutigt hat, etwa die Stephanus-Stiftung, die in der Stadt ein großes Behindertenzentrum betreibt. Auch dort haben wir beraten zu den Fragen, wie erkenne ich bestimmte politische Positionen, wie kann ich damit umgehen, wie kann ich bestimmte Konfliktlösungen angehen. Das Spektrum derer, die sich mit den Themen Rechtsextremismus und Gewalt beschäftigen und sich gründlich informieren wollen, ist größer geworden. Ebenso gab es bei den Jugendsozialarbeitern den ausgeprägten Wunsch, sich intensiver damit zu beschäftigen und nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Erkennt-



„Demokratie stärken“ –
Das Plakat vom Demokratiefest an der Stadtverwaltung Templin

nisse in die Trägerlandschaft wirksam werden zu lassen. Es gab auch Situationen, wo gegen die Wahlwerbung der NPD – wir befanden uns in der Vorbereitung der Kommunalwahl 2008 – aus der SPD oder von der Partei Die Linke, aber auch mit Unterstützung der Jugendsozialarbeiter sofort, spontan und öffentlich protestiert wurde. Auch daran war zu spüren, dass sich im politischen Klima der Stadt viel verändert hat. Das wurde nicht einfach hingegenommen oder sich versteckt, sondern man ist reingegangen in die Diskussion.

I: Das sind jetzt Beispiele für Veränderungsprozesse innerhalb der Zivilgesellschaft. Und der Bürgermeister, welche äußeren Einflüsse wirkten auf ihn?

MBT: Auch ein Bürgermeister ist Teil der Zivilgesellschaft. Aber auf ihm liegt natürlich der Fokus des öffentlichen Interesses, besonders auch der Medien. Letzere hatten ja vehement immer wieder den Mord thematisiert. Das hatte natürlich in gewissem Maß auch mit dem Sommerloch zu tun. Und die anfänglichen unglücklichen Formulierungen aus dem Rathaus haben manchen vielleicht geradezu herausgefordert, sich auf den Bürgermeister „einzuschließen“. Wir hatten ja schon gesagt, auch er brauchte Zeit, sich zu sortieren und zu informieren. Und er hat sich Beratung und Unterstützung organisiert, hier vor Ort.

Es gab ja von außen eine große Solidarität mit der Familie des Opfers, die sich in dem Plan niederschlug, ein Benefizkonzert durchzuführen.

Was sich daraufhin in Templin formiert hat, bezeichnen wir als eine Art von produktiver Wagenburgmentalität. Verantwortliche der Kirche und der Stadt haben sich zusammengetan und gesagt: „Wir werden selber so eine Veranstaltung durchführen, dafür brauchen wir keine Anleitung oder Moderation aus Berlin oder Eberswalde.“ Es entwickelte sich eine hohe Motivation, aus der eigenen Kraft heraus etwas zu gestalten und solidarisch zu sein mit der Opferfamilie. Das war der zweite Punkt. Drittens existiert seit Bestehen des erwähnten Lokalen Aktionsplans (LAP) die Website „www.gegenrede.info“. Auf dieser Website werden alle rechts-extremistischen Straftaten in der Uckermark dokumentiert und zur Diskussion gestellt. Damit gibt es eine andere Öffentlichkeit, eine, die nicht „von außen“ gekommen ist und nicht diese Bedrohlichkeit ausstrahlt, sondern die „von innen“ entstanden ist und gestaltet wird. Darüber ergab sich ein leichter Zugang zu den Menschen in Templin, die dann auch selber berichtet haben. Zugleich ist damit eine ziemlich umfassende Dokumentation über die Ereignisse entstanden; dazu gehören auch Vorfälle und Vorgänge, die nicht unbedingt zu Anzeigen bei der Polizei geführt haben.

Viertens schließlich haben wir in der Uckermark seit mehreren Jahren ein den ganzen Landkreis umfassendes Bürgerbündnis. Das hat sich gebildet aus Bürgerbündnissen in Prenzlau, Schwedt und Angermünde. Templin war weniger beteiligt gewesen. Die Bündnisse hatten sich zusammengeschlossen, weil die Initiativen wie zum Beispiel in Angermünde und Prenzlau kleiner geworden waren. Die „Kameraden“ aus dem rechtsextremen Spektrum sind eben halt nicht mehr trommelnd durch die Straßen gezogen, da schien für manche die Notwendigkeit eigener Gegenaktivitäten nicht mehr ganz so sichtbar zu sein. Die Verbindung der Website und dieses Uckermarkbündnisses hatte zusätzlich einen starken Einfluss auf das Umdenken in Templin. Dieses Bündnis hatte sich häufiger in Templin getroffen, man hatte verstärkt den Demokratiebeauftragten in Gesprächsrunden eingebunden. Das hat auf die politisch Verantwortlichen und auf die Bevölkerung ausgestrahlt. Sie haben gemerkt, dass da etwas in Gang kommt und dass sie sich auch aktiv mit einbringen können. Auch Templiner arbeiten jetzt in diesem Bündnis mit.

I: Sie sind mehrfach auf die Situation der Jugendarbeit in Templin eingegangen. Sind da in der Folge des Mordes strukturelle Veränderungen eingeleitet worden?

MBT: Die Jugendsozialarbeit, die in Trägerschaft der Stadt ist, soll gezielt neu strukturiert werden. Das ist eine Forderung der Stadtverordneten, es ist aber auch der politische Wille des Bürgermeisters. Auch deshalb ist die Sozialraumanalyse auf den Weg gebracht worden. Für die Koordinie-

rung der städtischen Jugendsozialarbeit im Raum Templin hat die Stadtverwaltung eine Stelle ausgeschrieben, die seit dem 1. Oktober 2009 besetzt ist. Aufbauend auf der Sozialraumbeschreibung soll mit Beginn des Jahres 2010 die Jugendsozialarbeit in Kooperation mit allen Trägern und besonders dem Forum der Jugendsozialarbeiter der Stadt neu ausgerichtet werden. Auch unter Berücksichtigung der Dörfer, die zur Stadt Templin gehören. Dies geht einher mit einer fachlichen Beratung durch das sozialpädagogische Institut (SPI).

I: Es scheint sich auf der Ebene der symbolischen Politik wie der konkreten Arbeit tatsächlich etwas verändert zu haben in Templin.

MBT: Es scheint nicht nur so, es ist so. Der Bürgermeister wird selbst weiter um unmittelbare Kontakte zur Bevölkerung bemüht sein, gerade auch in solchen Wohngebieten, die vielleicht als soziale Brennpunkte bezeichnet werden können. Er betrachtet die rechtsextremen Orientierungen als Symptom, als Ausdruck und Folge von sozialen Verwerfungen und ist deshalb der Auffassung, dass die Verbesserung der Lebensumstände, die Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und das Ende von Hartz-IV-Karrieren die Wahrscheinlichkeit von Rechtsextremismus verringert. Dafür sieht er sich in der Verantwortung und dafür nimmt er sich auch selbst in die Verantwortung und ringt um die Beteiligung aus der Bevölkerung.

I: Vielen Dank für dieses Gespräch.



*Entlang der Templiner
Stadtmauer führt ein Weg*

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke III

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Maxie Heiner, Email: maxieheiner@gmx.de

S. 21: Amt Odervorland, <http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=89>;
<http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=131>

S. 43: Rainer Reinecke

S. 45: Andrea Nienhuisen

S. 48: Jörg Wanke (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 55: Andrea Nienhuisen

S. 56: Sabine Liebau (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 58: Jörg Wanke

S. 85, 87, 88, 92: MBT Frankfurt (Oder)

S. 98, 105, 107: Jürgen Lorenz

S. 120: Screenshots Archiv Mario Feist

S. 126: Gemeinde Plattenburg,

<http://plattenburg.verwaltung-brandenburg.de/texte/gemeindekarte.php>

S. 127, 128, 133: Gabriele Schlamann

© Januar 2010, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-029433-4

Inhalt

Vorwort	7
<i>Frauke Postel</i>	
Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilien Beratungsteams	9
<i>Michail Soschtschenko</i> : Die Kuh im Propeller	18
<i>Ray Kokoschko, Katja Hoffmann</i>	
Einheimische und Fremde auf dem Lande. Das Amt Odervorland als Beispiel	21
<i>Andrea Nienhuisen, Jan Kasiske</i>	
Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt	41
<i>Dirk Wilking</i>	
Ein Schulprojekt der Grundschule „Traugott Hirschberger“ Lübbenau wirkt in das Gemeinwesen. Gedenkstättenpädagogik mit Kindern und Eltern	63
<i>Robin Kendon</i>	
Der Umgang mit Zeichen und Symbolen des Rechts- extremismus. Erfahrungen aus der Arbeit des Mobilien Beratungsteams	79
<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Keine Erklärungen in Goldpapier, aber ein geradliniger Weg. Welche Konsequenzen wurden in Templin aus dem Mord an Bernd Köhler gezogen?	95
<i>Mario Feist</i>	
Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“?	109
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009	125

Susanne Kschenka, Anett Müller

Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen
und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien
Städte in Brandenburg 141

Katrin Pecker

Wo wird rechtsextrem gewählt? Ein Kurzbericht
zu den Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien
in Brandenburg 175

Katarina Reichmann

Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt
Elternwege-Beratungswege 189